Freitag, 16. November 1923. Einzelnummer 10000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 261

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
im Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 5000 M. Reklameteil 12 000 M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil .. 5000 p. M. Reklameteil . 12 000 p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

An unsere Leser!

Durch die gewaltige Steigerung aller Rohmaterialien, namentlich des Druckpapiers und der Löhne usw., sind wir in die Notlage versetzt, das **Abonnement** für den Monat **November** um 100 **Prozent nachträglich zu erhöhen**. Wir bitten daher unsere Leser, denselben Betrag, der bereits für November **gezahlt wurde**, zum Ausgleich unserer Selbstkosten **nochmals zu zahlen**; in der Stadt an unsere **Boten** und **Agenturen** oder an die **Geschäftsstelle**, Zwierzyniecka 6. Auswärtige Leser bitten wir, auf unser **Postscheckkonto Poznań** Nr. 200 283 mit Vermerk: „**Posener Tageblatt** (November)“ den Betrag nachzuzahlen.

Verlag des Posener Tageblatts.

Die Neuordnung der Verdrängungsentschädigung.

Von Rechtsanwalt Dr. U. Rukser.

Mit Rücksicht auf den Markverfall und die Umstellung des Geldwesens auf Goldbasis, hat die deutsche Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch Verordnung vom 28. Oktober 1923 (Rgbl. Teil I, Seite 1015) die künftigen Entschädigungszahlungen außerordentlich eingeschränkt. An dieser Stelle interessiert nur die Vergütung von Verdrängungsschäden; **auf Vergütung von polnischen Liquidationsschäden durch das Deutsche Reich ist vorläufig überhaupt nicht zu rechnen**, weil die deutsche Regierung der Ansicht zu sein scheint, daß bei der eigentümlichen Gestaltung des polnischen Liquidationswesens jeder hierdurch Geschädigte eine ausreichende Entschädigung durch den gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichtshof erhalten kann.

Der Begriff der Verdrängung ist unverändert geblieben. Die Verdrängung ist also diejenige Abwanderung, welche auf deutschfeindlichen existenzgefährdenden Maßnahmen beruht. Eine Entschädigung wird **nur noch für den Verlust oder die Beschädigung von Sachen** gewährt. Für Luxusgegenstände gibt es überhaupt keine Entschädigung mehr. Sachen im Sinne des Gesetzes sind nur körperliche Gegenstände. Für den Verlust von Rechten (Forderungen, Patenten u. dergl.), für Umzugskosten, Erwerbsausfall usw. gibt es eine Entschädigung nicht mehr. Selbstverständlich gehören **Wertpapiere** zu den entschädigungsfähigen Sachen. Eine Entschädigung ermißt sich nach dem Wert, den sie am 25. Juli 1914 gehabt hat. Bei späterer Anschaffung oder späterer Veränderung des Zustandes der Sache tritt sinngemäße Schätzung ein. Bei Wertpapieren ist der Kurswert vom 25. Juli 1914 maßgebend. Sind die Wertpapiere erst später ausgegeben, so gilt der Ausgabekurs. Durch diese Wertstellung per 25. Juli 1914 wird erreicht, daß die Schwierigkeiten vermieden werden, welche im bisherigen Verfahren durch die Berücksichtigung der polnischen Währung entstanden. Die Entschädigung beträgt zweitausendstel des Friedenswerts, also für 1000 Goldmark = 2 Goldmark!

Neben diese Grundentschädigung von 2000stel tritt eine Sonderentschädigung; es werden gewährt bei Verlust von Haushalts- und Kleidungsstücken zusätzlich 1250 Mark (bei alleinstehenden Personen die Hälfte); bei Verlust von Waren oder Roh- und Betriebsstoffen 400 Mark; bei Verlust von Gegenständen der Berufsausübung 1500 Mark. Die Sonderentschädigung darf aber keinesfalls mehr als 2000 Mark betragen. Wer also Haushalts- und Berufsgegenstände verloren hat, erhält nicht 2750 Mark, sondern nur 2000 Mark.

Für Erwerbsverluste, rechtswidrige Internierung, Verhaftung, Ausreiseverhinderung, für rechtswidrige Belastung mit öffentlichen Abgaben besteht ein Rechtsanspruch auf Entschädigung nicht mehr; lediglich bei dringender Notlage kann eine Beihilfe von höchstens 200 Goldmark gewährt werden. Von besonders einschneidender Bedeutung ist die Behandlung der **Verschleuderungserlöse**, Vorempfänge und Ersatzbeschaffungen. Gerade bei den östlichen Verdrängungsschäden spielt die Verschleuderung eine ausschlaggebende Rolle. Die neue Regelung ist so ungünstig, daß bei Vorhandensein einer Verschleuderung kaum mehr mit einer nennenswerten Entschädigung zu rechnen ist. Es wird nämlich errechnet, welche Entschädigung (2‰) für die verschleuderten Gegenstände bei Verlust ohne Verschleuderung zu bewilligen wäre und welchen Betrag in Goldmark der Verschleuderungserlös ergibt; dieser wird von der Normalentschädigung abgezogen. Allerdings bleiben zu Gunsten des Geschädigten bei der Valorisierung die ersten 100 000 Mark unberücksichtigt. Beträgt beispielsweise der Verschleuderungserlös vom Jahre 1921 200 000 Mark: der Friedenswert von 1914 500 000 Mark, so ist folgendermaßen zu rechnen: Normalentschädigung bei 500 000 Mark Friedenswert zweitausendstel, also 1000 Mark; darauf anzurechnen Verschleuderungserlös von 200 000 Mark weniger 100 000 Mark Freigrenze, bleiben 100 000 Mark, diese sind zu valorisieren in dem mit der für 1921 maßgebenden Zahl von 200 Mark dividiert wird, ergibt 500 Mark Entschädigung. Danach sind die kleinen Fälle, in denen der Verschleuderungserlös unter 100 000 Mark beträgt, zwar bevorzugt, größere aber aussichtslos. Bleibt nach Abzug des Verschleuderungserlöses noch eine Grundentschädigung übrig, so wird **neben dieser** die Sonderentschädigung gewährt, wenn Hausrat, Waren oder Berufsgegenstände verloren sind. Die Sonderentschädigung entfällt aber, wenn nach Abzug des Verschleuderungserlöses keinerlei Grundentschädigung übrig bleibt.

In ähnlicher Weise werden die im Entschädigungsverfahren bisher gezahlten Beihilfen und Vorschüsse valorisiert. Zu Gunsten der Geschädigten bleiben unberücksichtigt Zahlungen bis zu 100 000 Mark, sofern diese bis zum 30. Juni 1922 erfolgt sind, bei späteren Zahlungen erhöht sich die Freigrenze.

Die Ersatzbeschaffungen an Hausrat und Kleidungsstücken, Berufsgegenständen und Waren oder Roh- und Betriebsstoffen sind bei Festsetzung der Sonderentschädigung in der Weise zu berücksichtigen, daß im Verhältnis der Ersatzbeschaffungen zum Gesamtverlust des Mobiliars, der Berufsgegenstände oder Ware die Höchstgrenzen der Sonderentschädigungen herabgesetzt werden. Wer also die Hälfte des verlorenen Mobiliars schon wieder angeschafft hat, bekommt nur noch die halbe Sonderentschädigung, also 650 Mark.

Die Festsetzung und Auszahlung der Entschädigung erfolgt in Goldmark. Es ist beabsichtigt, zu diesem Zwecke einen besonderen Goldanleihetyp zu schaffen. Die durch das Gesetz vom 23. Juni 1923 vorgesehenen **Nachtragsentschädigungen** sind gänzlich weggefallen. Diesbezügliche Vorbehalte in Vergleichen sind gesetzlich aufgehoben worden. Es ist kein Zweifel, daß dadurch außerordentliche Härten entstehen können, die einzige Milderung kann durch Zahlung aus dem Härtefonds erfolgen. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Ansiedler; diese werden nach besonderen Bestimmungen entschädigt.

Gleichzeitig mit diesen einschränkenden Bestimmungen ist ein Abbau des Beamtenapparats erfolgt und eine Vereinfachung des Entschädigungsverfahrens, so daß die geringen Beträge, welche jetzt überhaupt noch gezahlt werden, wenigstens beschleunigt und wertbeständig zur Auszahlung gelangen. **Von einer Entschädigung im eigentlichen Sinne kann aber jetzt keine Rede mehr sein.** Viel richtiger ist es, die in Betracht kommenden Beträge als **Unterstützungen** zu betrachten. Jedenfalls kann niemand mehr darauf rechnen, daß ihm die auf Grund der Entschädigungsbestimmungen zustehenden Summen die Neubegründung einer Existenz ermöglichen.

Die Rede des Innenministers über den Krakauer Aufruhr.

In seiner Rede in der Dienstagssitzung des Sejm, die, wie wir schon berichteten, zum Teil von lärmenden Kundgebungen übertönt wurde, gab Innenminister **Kiernik** eine historische Darstellung der letzten Ausstände und der blutigen Vorgänge, die sich daran hauptsächlich in **Krakau** geknüpft haben. Er erklärte, daß, als ein Teil der Eisenbahner und der Postbeamten in den Streik eintrat, die Regierung die Reservisten unter den Eisenbahnern und den Postangestellten habe einberufen müssen, um den Verkehr aufrecht zu erhalten und dadurch die Lebensmittelversorgung der Städte und Industriebezirke zu sichern. **Die blutigen Ereignisse in Krakau** seien nicht auf ungeschicktes Vorgehen der Polizei und des Militärs zurückzuführen, sondern durch Gewaltakte auf der Gegenseite. Die Untersuchung werde das Nähere ergeben.

In fast sämtlichen Versammlungen, die von den Streikenden einberufen worden waren, wurden außer Resolutionen über wirtschaftliche Forderungen auch solche gefaßt, in denen der Rücktritt der Regierung verlangt wurde. Eine dieser Versammlungen in Krakau hielt es sogar für zulässig, eine Delegation zum Wojewoden mit der Forderung zu entsenden, die Resolution der Zentralregierung mitzuteilen. In diesen Versammlungen wurden die zum Heeresdienst einberufenen Eisenbahner und Postangestellten aufgefordert, ihre Einberufungsschreiben dem Versammlungsvorstand vorzulegen, und man redete ihnen ein, daß sie nicht verpflichtet seien, der Aufforderung Folge zu leisten. Als die Wojewodschaft in Krakau erklärte, einen Delegierten zu der Versammlung der Streikenden zu entsenden, erwiderten die Veranstalter, daß sie den Regierungsvertreter zur Versammlung nicht zulassen würden; würde er aber dennoch kommen, so könnten sie für seine persönliche Sicherheit nicht die Bürgschaft übernehmen. In der Krankenkasse in Krakau kündigte am 5. November der Redner Hoffmann den Versammelten an, daß die Stunden der Herren, die die Polizei mobil machen, schon gezählt seien. Tatsache ist, daß während der Vorgänge am 6. November **Munition** in das Arbeiterkasino gebracht wurde, und Tatsache ist auch, daß eine Schwadron Ulanen in einen Hinterhalt gelockt wurde. Die benachbarten Häuser wurden von den Unruhestiftern besetzt, und aus deren Fenstern wurde auf die Ulanen geschossen. Besetzt wurden auch private Wohnungen, und die Bewohner wurden an die Luft gesetzt. Tatsache ist, daß nach der Meinung von Militärpersonen die Attacke auf das Militär und besonders auf die Ulanen nach allen Grundsätzen der Militärtaktik durchgeführt wurde, und endlich ist es Tatsache, daß unter den zurückgegebenen militärischen Waffen auch Waffen gefunden wurden, die vom Militär nicht gebraucht werden, **besonders zwei Karabiner russischen Systems.**

Die Einzelheiten der **Vorgänge** werden die bereits eingeleiteten polizeilichen und gerichtlichen Untersuchungen ergeben, und es besteht kein Zweifel, daß die Schuldigen ausfindig gemacht und zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Unabhängig davon wird die durch die Militärverwaltungsbehörden eingeleitete Untersuchung ergeben, inwieweit auch die Behörden die Schuld an den Vorgängen tragen. Die Regierung hat ihrerseits unverzüglich alles angeordnet, was notwendig war, um an den leitenden Stellungen Personalveränderungen vorzunehmen, die in Zukunft die Gewähr für die gehörige Pflichterfüllung auf dem Gebiet der Sicherheit und der Ordnung geben, und gleichzeitig hat die Regierung alles zur Aufklärung der Ursachen dieser traurigen Ereignisse getan.

Nachdem am 7. November der Streik liquidiert worden war, hat die Regierung ihre Verordnungen wegen Einberufung der Eisenbahner und der Postbeamten und in der Frage der Standgerichte aufgehoben. Die Regierung, die sich der schweren materiellen Lage der Bevölkerung bewußt ist, hat nichts unterlassen, um die Lage zu verbessern, andererseits aber wird sie in Zukunft rücksichtslos gegen alle Versuche vorgehen, die dahin abzielen, durch Unruhen das Leben im Staate zu erschüttern.

Die Krakauer Vorgänge vor dem Senat.

Die **Mittwochsitzung des Senats** begann mit einer **Ansprache des Marschalls** folgenden Wortlauts:

„Meine Herren Senatoren! Angesichts der letzten **tragischen Vorfälle in Krakau** habe ich die Senatoren Adelmann, Nowak und Bodlewski gebeten, im Namen des Senats Kränze an den Särgen der getöteten Soldaten niederzulegen. **Die Soldaten**, die in Krakau fielen, sind ebenso gut **für ihr Vaterland gefallen** wie die, die im Kampfe mit dem äußeren Feinde fielen. **Sie kämpften für Ordnung und Ruhe im Staate.** Das beispiellose **Verbrechen**, das sich in Krakau ereignete, hat in der ganzen Republik einen **Schrei der Entrüstung** wachgerufen, und allgemein wird nach einer **abschreckenden Bestrafung** der Schuldigen verlangt, und zwar nicht nur derjenigen, die selbst den Mord begingen, sondern auch derjenigen, die die Waffen in die Hand der Mörder gaben. Die Regierung, die mit rücksichtsloser Energie alle Versuche, Unruhen zu stiften, bekämpfen wird, kann der Anerkennung und der Unterstützung der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sicher sein. Das Volk will Sicherheit haben, daß das Blut unserer Soldaten nicht unnütz vergossen wird. Zum Zeichen der Trauer unterbreche ich die Sitzung bis 4 Uhr 30 Minuten.“ Die Rede wurde von den Senatoren stehend angehört.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der **Handelsvertrag mit Südslawien ratifiziert.** Südslawische Abgeordnete, die in den Logen der Sitzung beiwohnten, wurden stürmisch begrüßt.

Darauf verlas **Senator Posner** eine Erklärung der **Linken**, die mit vollem Nachdruck gegen **den Teil** der Rede des Marschalls **protestiert**, der, obwohl die Untersuchung noch nicht beendet ist, **Vorwürfe gegen einen Teil der Bevölkerung** erhebt, und polnische Politiker zu Verbrechern und Mördern stempelt.

Senator Gloger verlas eine **Interpellation über die Krakauer Vorgänge.** Die Interpellanten fragen, ob die Regierung sich in vollem Maße der Bedeutung der Angelegenheit bewußt ist und ob sie bereit ist, energisch von den ihr zustehenden Mitteln zur Wiederherstellung der Achtung vor dem Gesetz und zur gerechten Bestrafung der Schuldigen sowie zur Befriedigung der berechtigten Ansprüche der Hinterbliebenen der während des Aufruhrs in Krakau getöteten Offiziere und Soldaten Gebrauch zu machen. Die Anfrage wurde **vom Innenminister Kiernik beantwortet.** Senator Posner beantragte Eröffnung der Aussprache über die Erklärung des Innenministers. Der Antrag wurde abgelehnt. Nächste Senatssitzung am Mittwoch, dem 21. November, 4 Uhr nachmittags.

Drohung mit neuen Sanktionen für Deutschland?

Wegen Rückkehr des Kronprinzen und Ablehnung der Militärkontrolle.

Allem Anschein nach will Frankreich die **Kronprinzenfrage** dazu benutzen, um **England zur aktiven Teilnahme an seiner Pfänderpolitik** gegenüber Deutschland zu bestimmen. Die Pariser Presse ist auf jeden Fall bemüht, davon zu überzeugen, daß die **Rückkehr des früheren Kronprinzen hauptsächlich für England** (wieso gerade für dieses Land?) **verletzend** sei und durch Sanktionen beantwortet werden müsse, falls Deutschland, wie zu erwarten sei, die **Auslieferung des Exkronprinzen** ablehnen sollte. Als gegebene Sanktion bezeichnen die Pariser Blätter die **Beschlagnahme der deutschen Zölle in Hamburg und Bremen** durch England. Dieser Gedanke soll **angeblich** in England lebhaftes Interesse finden.

Die französische Presse bezeichnet weiter als geeignete Maßnahmen bei **Ablehnung der Interalliierten Militärkontrollkommission** durch Deutschland die **Besetzung Frankfurts** und der östlich davon gelegenen Eisenbahnverbindungen zwischen Nord- und Süddeutschland sowie die Einbeziehung von **Elberfeld und Barmen** in das besetzte Gebiet. Die Pariser Morgenblätter erklären im Falle einer erneuten ablehnenden Antwort Deutschlands in der Frage der Kontrollkommission diese Maßnahmen für **unerläßlich zur Garantierung der Sicherheit Frankreichs.**

(Die Sicherheit Frankreichs ist eben eine derart heikle Sache, daß eigentlich ganz Deutschland von der Landkarte und das deutsche Volk vom Erdboden verschwinden müßte, um die Sicherheit Tartarins ganz und gar zu garantieren. An beiden Zielen arbeitet ja auch Poincaré mit heißem Bemühen.)

Republik Polen.

Der Finanzrat.

Aus Warschau wird gemeldet: In den Finanzrat wurden berufen: der Senator Geistlicher Stanisław Adamski, die Sejmabgeordneten Władysław Byrka und Jerzy Zdziechowski und der ehemalige Finanzminister Dr. Michalski. Als Vertreter: Sejmabgeordneter Kwiatkowski und die Senatoren Sredniawski, Zdanowski und Dr. Szarski.

Young und Kucharski.

Die Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzminister Kucharski und dem Finanzberater Young sollen, wie der „Dziennik Poznański" erfährt, den Tatsachen nicht entsprechen. Zwischen Kucharski und Young herrsche vielmehr volles Einverständnis bezüglich der Finanzprobleme. Young trat am Dienstag seine Reise nach London an. Seine Rückkehr wird Mitte Januar des nächsten Jahres erwartet.

Ein polnisches Ultimatum an Bayern.

Der polnische Generalkonsul in Berlin hat ein in ultimativer Form gehaltenes Schreiben an die bayerische Regierung gerichtet, in dem er gegen die Bedrückung polnischer Bürger — bekanntlich wurden aus Bayern eine Reihe von polnischen Juden ausgewiesen — Stellung nimmt. Sollte die bayerische Regierung der in dem Ultimatum enthaltenen Forderung nicht nachkommen, so sollen gegen bayerische Staatsangehörige in Polen Vergeltungsmaßnahmen getroffen werden. Bis zum 10. d. Mts. sollte sich die bayerische Regierung in dieser Angelegenheit äußern; eine Antwort ist jedoch bis jetzt nicht eingegangen.

Der Saatenstand im Lande.

Das statistische Hauptamt gibt bekannt, daß der Saatenstand im Oktober überall gut war, am besten in den Wojewodschaften Wolhynien und Tarnopol. Was die diesjährige Ernte betrifft, so hat sich im Verhälnis zum Vorjahre die Weizenernte um 13,3 v. H. vergrößert, die Roggenernte um 18,4 v. H., Gerste um 27,6 v. H., Hafer um 41,1 v. H.

Von der Nationalen Arbeiterpartei.

Der Parlamentsklub der Nationalen Arbeiterpartei nahm in seiner Sitzung am 14. November den Verzicht des Abg. Dr. Wachowiak auf den Vorsitz in der Fraktion zur Kenntnis und sprach ihm den Dank der Partei für seine bisherige politische Tätigkeit aus. Dann wurden die Neuwahlen vollzogen. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde der Abg. Wajzkiewicz gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Abg. Herbst und der Senator Banaszyk.

Eine Absage der Sozialdemokratie.

Sejmmarschall Rataj, der zu Ehren der in Warschau weilenden südslawischen Abgeordneten ein Bankett gab und auch der sozialistischen Sejmfraktion eine Einladung hatte zugehen lassen, erhielt von dieser ein Schreiben folgenden Inhalts: „Herr Marschall! In Beantwortung der gütigen Einladung zu dem zu Ehren unserer lieben Gäste, der südslawischen Parlamentarier, veranstalteten Diner und Raut beehren wir uns, im eigenen sowie im Namen unserer Freunde vom Verband der Polnischen Sozialisten-Partei zu erklären, daß es uns leider nicht möglich ist, Ihrer Einladung Folge zu leisten. Im Verlaufe des letzten Generalstreiks sind auf Anordnung der Zentralbehörden hin so viele unserer Freunde getötet und verwundet worden, daß wir, ehe der Gerechtigkeit Genüge getan ist, uns mit den Kabinettsmitgliedern nicht an einen Tisch setzen können. Wir bedauern aufrichtig, daß wir gezwungen sind, eine derartige Erklärung zu Ihren Händen abzugeben, um so mehr als wir uns hiermit der Genugtuung entäußern, mit den auserwählten Vertretern der heldenhaften und tapferen südslawischen Völker in nähere Fühlung zu treten. (—) Barlicke. Moraczewski."

Aus den Sejmausschüssen.

Aus dem Rechtsausschuß des Sejm

berichtet eine Meldung des „Dziennik Pozn.": Am Mittwoch sollte eine Sitzung des Rechtsausschusses des Sejm unter dem Vorsitz des Abg. Zygmunt Marek stattfinden. Als die Abgeordneten der Mehrheit den Saal betraten, trafen sie dort schon den Abg. Marek und die sozialdemokratischen Abgeordneten. Abg. Rzepecki wandte sich an den Abg. Marek und forderte ihn auf, vorläufig den Vorsitz niederzulegen, bis die Berechtigung der gegen ihn gerichteten Vorwürfe geprüft und die Krakauer Vorgänge geklärt sein würden. Der Abg. Marek lehnte das ab, teils auf Rücksicht auf seine Partei, teils, weil die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unberechtigt seien. Es entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, die damit endete, daß der Abg. Rzepecki einen schriftlichen Antrag auf Vertagung der Sitzung einreichte. Der Antrag wurde angenommen.

Das Versammlungsgesetz.

Der Verfassungsausschuß des Sejm beriet unter Vorsitz des Abg. Baliński über den Entwurf eines Versammlungsgesetzes. Eine lebhafte Aussprache entspann sich über den Artikel des Entwurfes, der die Rechte der Abgeordneten in bezug auf Berichterstattungsversammlungen betrifft. Der Artikel wurde mit einigen Änderungen angenommen. Änderungsanträge der sozialistischen Abgeordneten Baliński und Czapiński, die Sonderrechte für alle von Abgeordneten einberufenen Versammlungen verlangten, wurden abgelehnt.

Die Krankenhäuser im Staatshaushaltsplan.

Im Ausschuß für öffentliches Gesundheitswesen lenkte der Vorsitzende, Abg. Weinzieher (jüdischer Klub), die Aufmerksamkeit darauf, daß in dem Staatshaushaltsplan für 1924 alle Ausgaben, die für die Krankenhäuser bestimmt waren, gestrichen worden sind. Der Vorsitzende bezeichnete dies als katastrophal für die Krankenhäuser. Pflicht des Sejm wäre es, das Weiterbestehen der Institute zu gewährleisten. Der Abg. Kozłowski (Volkspartei) erkannte die Befürchtungen an und schlug vor, einen Unterausschuß zu wählen, der im Einverständnis mit der Regierung für den Sejm eine entsprechende Resolution ausarbeiten soll. Der Vorschlag wurde angenommen und der Ausschuß gewählt.

Aus der Warschauer Zitadelle.

Wegschaffung der Sprengstofflager.

Die Arbeiten zur Entfernung der Munitions- und Sprengstofflager in der Warschauer Zitadelle nach außerhalb sind beendigt. Warschau atmet auf. Die Arbeit war mit großer Gefahr für die Arbeiter verbunden, deshalb hat die Kommandantur den dabei beschäftigten Soldaten ihre Anerkennung ausgesprochen.

Der Wiederaufbau der historischen Teile der Warschauer Zitadelle.

Wie aus Warschau gemeldet wird, soll der X. Pavillon in der Zitadelle wieder aufgebaut werden, und zwar zu Wohnungen. Der historische Teil aber mit den Zellen von Traugutt und Piłsudski soll erhalten bleiben. Auf dem Obelisk Alexanders sollen die russischen Aufschriften und Adler beseitigt und an ihrer Stelle Aufschriften über die Taten und die Kämpfe um die Unabhängigkeit eingraviert werden. Der historische Galgen soll in ein Nachbargrundstück gebracht werden, um ihn vor Zerstörung zu bewahren. Nach seinem Muster soll ein anderer angefertigt und auf dem bisherigen Platz aufgestellt werden.

Ein mißglückter Anschlag.

Aus Warschau wird gemeldet: In der Nacht zum Montag versuchten Personen, in das Fort Dombrowski einzudringen, das Pulver und Munition enthält. Der Posten bemerkte die ankommenden Männer und feuerte. Bald war die ganze Wache an Ort und Stelle, und es entspann sich ein Feuergefecht. Augenscheinlich haben dieselben Personen zwei Stunden später versucht, in das „Fort der Legionen" zu kommen, aber auch hier wurden sie durch die Wache bemerkt. Von beiden Seiten fielen gegen 300 Schüsse. Verhaftet wurden zwei verdächtige Personen.

Kahr bleibt am Ruder in Bayern.

Wieder Ruhe in München.

Die **bayerische Regierung** hat sich in einem Ministerrat mit dem versuchten Staatsstreich Hitlers und Ludendorffs beschäftigt und verurteilt ihn in einer offiziösen Erklärung als **Wahnsinnstat**, die das Reich und Bayern hätte ins Unglück stürzen können, wenn es nicht gelungen wäre, sie zu vereiteln. Die bayerische Regierung nimmt zwar davon Kenntnis, daß die Reichsregierung die vollziehende und militärische Gewalt in der Hand des Chefs der Heeresleitung, des Generals v. Seeckt, vereinigt hat. Die bayerische Regierung erklärt, daß die gesamte vollziehende Gewalt in Bayern weiterhin in der Hand des von ihr eingesetzten Generalstaatskommissars v. Kahr bleiben müsse.

Die Reichsregierung will von Reichs wegen ein Hochverratsverfahren gegen Hitler, Ludendorff und die übrigen Teilnehmer des Putsches einleiten. Der Oberreichsanwalt wird bei dem Reichsgericht in Leipzig Anklage gegen die Leiter des Münchener Putsches erheben mit der Begründung, daß Hitler die Absetzung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung verkündet hatte.

Im übrigen hat die Reichsregierung neuerdings ihre versöhnliche Haltung gegenüber Bayern dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie der bayerischen Regierung zur Verbilligung von Brot und Milch für minderbemittelte Familien **33 Billionen Mark überwies**, die am Mittwoch von zwei Kurieren **in wertbeständigen Dollarschatzanweisungen** nach München gebracht wurden.

Die Beisetzung der Gefallenen ruhig verlaufen.

In München wurde am Dienstag und Mittwoch die Ruhe nicht weiter gestört, weil man so vorsichtig war, die Beisetzung der auf seiten Hitlers gefallenen Opfer des Putsches zum Teil auf Dienstag nachmittag, zum Teil auf Mittwoch zu verschieben. Die **Zahl der Getöteten ist auf 20** gestiegen, weil auch der frühere Fliegerhauptmann Göhring, ein aus dem Kriege bekannter, hervorragender Kampfflieger, seiner Verwundung erlegen ist.

General Ludendorff kehrt freiwillig in Haft zurück.

General Ludendorff, der aus der Schutzhaft entlassen worden war gegen die ehrenwörtliche Erklärung, daß er sich an keiner gewaltsamen politischen Bewegung gegen die Landes- oder Reichsregierung beteiligen werde, und daß er seinen Aufenthalt ohne Zustimmung des Münchener Staatsanwaltes nicht wechseln werde, hat sich heute wieder in Schutzhaft begeben. Er erklärte seinen Verzicht damit, daß seine Freiheit nicht vollkommen genug wäre. Man hätte ihm, entgegen früheren Zusicherungen, das Telephon gesperrt.

Die Gefangennahme Hitlers

erregt bei seinen Anhängern keine stärkeren Besorgnisse. Hitler wurde nicht mit der Waffe in der Hand gefangen genommen, kommt also auch nicht vor das Standgericht, sondern nach Mitteilung zuständiger Stellen vor das Volksgericht.

Die Stimmung gegen Kahr gebessert.

Es bestätigt sich, daß vor allem durch das Eintreten Erhardts die Stimmung gegen Kahr gebessert ist. Die vaterländischen Verbände haben, wie schon gestern gemeldet, ihre Einstellung zu Kahr ins Günstige geändert. Dafür richten sie nun ihre ganze Wut gegen die bayerische Regierung selbst, weil Kultusminister Matt im Namen der Regierung eine Kundgebung erlassen hat, in der von dem Treiben des „preußischen" Ludendorff die Rede war. In dieser Betonung der Staatseigenschaft sehen die Verbände „eine Spitze auf gewisse separatistische Stimmungen, wie sie schamloser und gemeiner nicht gedacht werden kann. Gegenüber dieser von der bayerischen Regierung zum Ausdruck gebrachten Gesinnung gibt es nur das Gefühl tiefster Verachtung."

Die katholische Studentenschaft Münchens stellt sich in einer Entschließung voll und gaz hinter Kahr (obwohl dieser Protestant ist).

Das Reichskabinett hat gegen eine „Rheinische Republik" entschieden.

Über die Sitzung des Reichskabinetts, die der Rheinlandfrage gewidmet war, wird durch die Berliner Regierung folgende Erklärung veröffentlicht: Gegenüber vielfach, namentlich im Auslande, verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über eine Veränderung des tatsächlichen Verhältnisses von Rhein- und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals eine Ermächtigung zur Ausrufung der Rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis der Rheinlande zu den Ländern, wie für jede Änderung dieses Verhältnisses kann nur die deutsche Reichsverfassung maßgebend sein.

Englische Besorgnisse um das Rheinland.

Poincaré hatte eine Besprechung mit dem englischen Botschafter Lord Crewe, in deren Verlauf dieser sich über die Besorgnisse aussprach, die der Separatistenaufstand im Rheinland und der Pfalz bei seiner Regierung hervorrufe. Poincaré versicherte, daß die französischen Okkupationsbehörden angewiesen seien, die strengste Neutralität zu beachten.

(Es muß viel mehr von einer Okkupationsbehörde verlangt werden. Das Auftreten von bewaffneten Banden dürfte unter keinen Umständen geduldet werden. Nach dem Völkerrecht ist die Okkupationsbehörde für Ruhe und Ordnung verantwortlich. Eine Verordnung der Rheinlandkommission verbietet das Üben und Auftreten von bewaffneten Verbänden. Warum werden also die Separatisten nicht von dem französischen Militär entwaffnet? Das würde den Franzosen doch mit Leichtigkeit möglich und auch mit einer politischen Neutralität gegenüber einer Separatistenbewegung vereinbar sein.)

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(45. Fortsetzung.)

„Ja, lieber Freund, so humoristisch wie gestern im Speisewagen ist der Beruf eines Detektivs durchaus nicht immer!"

„Aber was nun?"

Schlüter war auf und abgegangen.

„Gottlob, wir sind beide gesund. Jetzt werden wir sehen, ob wir den Spieß nicht umdrehen. Ich möchte wetten, San Filipe ist nicht weit. Haben wir unsere Revolver?"

„Ich habe den meinen!"

„Sie hielten es nicht einmal der Mühe für wert, uns zu berauben. Warum? Das geschah morgen bequemer, wenn nur noch die Knochen da waren. Taschenbücher und Revolver frißt der Kondor nicht."

„Das ist ja ein Räuberland!"

„Durchaus nicht. Wegelagerer gibt's auch in Deutschland, und hier war's eine Falle. Können Sie gehen?"

„Ich bin vollkommen gesund!"

Sie nahmen auf Schlüters Wink die beiden Lasso, banden sie um ihre Gürtel.

„Gut, daß wir ein ausgiebiges Jagdfrühstück hatten, heute gibt's nichts mehr."

Dr. Schlüter spähte am Boden umher.

„Hier ist Sand und da Pferdespuren. Hallo, gut, daß eben noch die Sonne zu sehen ist." Also dort ist Westen, von dort kamen wir her, und hier gehen die Spuren östlich ins Tal. Ich möchte wetten, daß dort San Felipe liegt."

Es war ein mühsamer Abstieg, denn beiden schmerzten die eingeschnürt gewesenen Glieder, und Silvio bewunderte die Elastizität des alten Kommissars. Bald wurde es vollkommen dunkel.

„Wie wollen rasten. Heute haben wir Mondnacht. In einer Stunde muß er aufgehen."

Es war eine bitterkalte Nacht und sie froren bei der unfreiwilligen Rast. Endlich ging der Mond auf und nun sahen sie, nicht allzuweit entfernt, ein paar Hütten.

„Ich möchte wetten, das ist San Felipe. Sehen Sie dort das Wellblechhaus? Das könnte der Predigtsaal der Methodisten sein."

„Was wollen Sie tun?"

„Die Feinde belauschen, oder haben Sie Angst?"

Zum ersten Male lachte Silvio, den jugendliche Abenteuerlust ergriff. „Ich komme mir vor, wie auf einem Rekognoszierungsritt in Frankreich."

Rasch schritten sie talab, da blieb Schlüter stehen und schlug sich vor die Stirn. „Tor, der ich war! Ich bin ein größeres Rindvieh, wie alle hier in der Pampas."

Silvio mußte lachen.

„Aber Herr Doktor!"

„War ich denn blind? Don Eugenio heißt Eugen Willrich! Halloh, jetzt sind wir auf richtiger Fährte."

Silvio verstand nicht, und als er fragen wollte, winkte der Doktor. „Jetzt nicht mehr sprechen."

Die paar Hütten des Dorfes lagen im tiefen Dunkel. Nur vorn, wo gleich am Anfange das Wellblechhaus stand, das sich jetzt durch ein Kreuz in der Tat als Predigtsaal kennzeichnete, brannte in einer Hütte ein Licht. Die Tür stand offen.

„Jetzt bleiben Sie hier. Den geladenen Revolver in der Hand. Wenn ich rufe, springen Sie mir zu Hilfe. Jetzt gehts um Leben und Tod."

„Sie glauben?"

„Ich glaube nie etwas. Still."

Mit ein paar Schritten war der Doktor im Hause. Ein dunkler Vorraum, dann eine Türe, hinter der Stimmen erklangen. Seine erste Furcht war gewichen, ein Hund war nicht hier. Er hielt den Revolver in der einen, den Lasso in der anderen Hand und preßte sein Auge an das Schlüsselloch, das offen war. Er hätte laut jauchzen mögen. Don Eugenio, der Polizeisekretär, und ein hagerer Mann im schwarzen Rocke, der Prediger. Er konnte ihre Stimmen vernehmen:

„Das ist besorgt. Ich war zur rechten Zeit im Büro. Diesmal war Eugen Willrich klüger als der berühmte Kommissar."

Ängstlich sagte der andere: „Kann es nicht herauskommen?"

„Unsinn. Was können wir dafür, wenn wirklich ein paar Räuber die beiden überfielen. Morgen siehst Du nach und nimmst die Papiere. Don Severo mit seinen Leuten habe ich nach der anderen Seite geführt."

„Sie sind tot?"

„Die Kondors tun das übrige, die brauchst Du nicht zu vermauern, wie damals den armen Hollmann."

„Guten Abend, Eugen Willrich und Matthias Gröger! Hände hoch!" Schlüter hatte die Tür aufgerissen. Silvio war mit einem Sprung an seiner Seite, beide die Revolver in der Hand. Einen Augenblick waren die beiden sprachlos vor Schreck.

„Schnell, Sie dem Pastor, ich dem andern — die Lassos!"

Ehe die überrumpelten Verbrecher ein Wort herausbrachten, lagen sie gefesselt am Boden. Jetzt aber schrien sie gellend um Hilfe. Es dauerte nicht lange, da kamen auch schon Männer gelaufen, unter ihnen ein Greis in weißem Bart von patriarchalischem Aussehen.

„Was ist hier los?"

„Mörder, Räuber!"

Gröger schrie immer gellender.

„Still oder —"

(Fortsetzung folgt.)

Kein Deutschland-Paß für den Exkaiser?

Wie aus Berlin gemeldet wird, wurden die Meldungen ausländischer Agenturen und Blätter, wonach die deutsche Regierung dem vormaligen Kaiser einen Paß nach Deutschland ausgestellt habe, von zuständiger Stelle als völlig unwahr und jeder Grundlage entbehrend bezeichnet.

Der frühere Kronprinz in Oels.

Friedrich Wilhelm von Hohenzollern, der frühere deutsche Kronprinz, ist nicht, wie ein großes Wiener Blatt irrtümlich meldete, mit der Eisenbahn, sondern im Automobil in Oels eingetroffen. Die Benutzung des Autos war Einreisebedingung der deutschen Regierung. Auf der Reise soll sich Friedrich Wilhelm auf einem Gute mit seinem Bruder Oskar und seinen drei ältesten Söhnen getroffen haben. In Begleitung des Kronprinzen war sein mehrjähriger Verbannungsgenosse Major Mildner und ein persönlicher Freund des Kronprinzen. Außerdem hat ein Beamter der Berliner politischen Polizei an der Reise teilgenommen. Der Kronprinz wurde am Schloßtor von zahlreichem Publikum mit Hochrufen begrüßt. Als der Wagen des Kronprinzen in den Schloßhof einfuhr, kamen die drei jüngsten Kinder dem Kronprinzen entgegen. Der Kronprinz schloß die Kinder in die Arme und stieg mit ihnen die Freitreppe hinauf, wo er seine Frau begrüßte. Im Laufe des Abends ließ der Kronprinz erklären, er werde sich streng an die von ihm gegebenen Bedingungen halten und keine politischen Interviews geben. Er wünsche, völlig als Privatmann zu leben. Durch das Thronlehen Oels und andere ihm persönlich gehörende Güter ist der Kronprinz der größte Grundbesitzer im Kreise und wird infolgedessen eine große gesellschaftliche Rolle spielen.

Es wird vermutet, daß der frühere Kaiser einen Paß nicht zum dauernden Aufenthalt in Deutschland, sondern zu einem Besuch bei seinem ältesten Sohne auf Schloß Oels erhalten habe.

In Oels soll es von Berichterstattern der Presse aller Länder wimmeln, die nach einem Interview mit der Umgebung des Kronprinzen haschen. Auch zahlreiche Photographen und sogar Filmoperateure sind eingetroffen.

Amerika für Deutschlands Selbstbestimmungsrecht.

Reuter meldet aus Washington: Präsident Coolidge ist der Meinung, die traditionelle Politik Amerikas würde die Regierung der Vereinigten Staaten daran hindern, sich den Regierungen der Alliierten anzuschließen, wenn sie bei Deutschland gegen die Rückkehr des früheren Kronprinzen oder eine etwaige Heimkehr des früheren Kaisers protestierten oder Maßregeln ergriffen, durch die eine Wiederherstellung der Monarchie verhindert werden sollte.

Die Reparationskommission

hat beschlossen, Vertreter der deutschen Regierung über die gegenwärtige „Zahlungsfähigkeit" des Deutschen Reiches zu hören. Der genaue Zeitpunkt soll noch vereinbart werden. Nach stattgefundener Vernehmung der deutschen Vertreter soll über die Bildung eines Sachverständigenkomitees zur Feststellung der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit Deutschlands gesprochen werden, der die Angaben der Deutschen nachprüfen soll.

Freilassungen im Ruhrgebiet.

Krupp von Bohlen-Halbach und die sämtlichen verhafteten Direktoren seiner Werke sind freigelassen worden. Sechs Essener Fernsprechbeamte wurden gleichfalls aus der Haft entlassen; desgleichen der kürzlich zu einem Jahr Gefängnis verurteilte Chefredakteur der „Dortmunder Zeitung".

Vorläufig wird ohne Reichstag regiert.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags zu stellen. Wie wir erfahren, ist man an maßgebender Stelle der Ansicht, daß bei der gegenwärtigen völlig ungeklärten Lage der Zusammentritt des Reichstags nicht angebracht erscheine. Es könnte dadurch nur eine neue, vielleicht sehr verhängnisvolle Verwirrung geschaffen werden, insbesondere auch dadurch, daß Angriffe einzelner Reichstagsparteien auf Bayern zu erwarten seien, die dazu führen könnten, daß sich in Bayern eine geschlossene Front gegen die verfassungsmäßige Regierung bilden könnte. Aus diesem Grunde erscheint es nicht angezeigt, schon jetzt den Reichstag zusammentreten zu lassen.

Entdeckung eines neuen Kometen.

Das Königlich britische astronomische Observatorium in Greenwich bei London erhielt eine Nachricht aus Kopenhagen, wonach die dortigen Astronomen am 31. Oktober einen neuen Kometen entdeckten.

Aus Stadt und Land.

Posen, 15. November.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung hätte bereits nach einstündiger Dauer ihr Ende gefunden, wenn nicht die Angelegenheit der Bestätigung der Stadttheaterkontrakte zur Sprache gekommen wäre. Hierüber setzte eine ausgedehnte Aussprache ein, die zur Ablehnung des Magistratsantrages führte. In der Magistratsvorlage war beantragt worden, daß alle Kontrakte zur bestätigenden Kenntnis genommen werden möchten. Im Laufe der Aussprache kam es hier und da zu kleinen Auseinandersetzungen zwischen Stadtverordneten und Vertretern des Magistrats. Die Haltung der Stadtverordneten gegenüber dem Magistrat war stark oppositionell. Statt der Magistratsvorlage wurde ein Antrag des Stadtv. Dr. Surzyński angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Kontrakte mit den Schauspielern und dem Personal der Stadttheater zur Kenntnis, dabei den Wunsch ausdrückend, daß über die Verträge mit den Schauspielern, deren Gagen im November 100 Millionen Mark übersteigen, eine Aussprache wegen gutwilliger Herabsetzung der Gagen stattfindet. Was die Kontrakte mit den Theaterdirektoren betrifft, so hält die Stadtverordnetenversammlung die vorgeschlagenen Gagensätze für zu hoch und wünscht ihre Herabsetzung mit Rücksicht auf den Stand der Kommunalfinanzen."

Vor der Theaterdebatte kamen u. a.

Erhöhungen und Steuervorlagen

zur Erörterung.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Gewährung einer 67prozentigen Zulage für die städtischen Beamten und Angestellten, die widerspruchslos bewilligt wurde. Im Zusammenhang mit dieser Zulage, die eine Mehrausgabe von 4½ Milliarden verursacht, wurden auch die Bezüge der Beamten im Ruhestande um 67 Prozent erhöht.

Über die beiden Steuervorlagen

berichtete Stadtv. Dr. Seydlitz. Das Kommunalgesetz über die Erhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuern stützt sich auf das Augustgesetz über die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen. Die Höhe der Steuer ist auf 10 Prozent der Staatssteuer festgesetzt worden. Die Veranlagung soll das Steuerbureau des Magistrats vornehmen.

Auch die andere beschlossene Steuer schöpft ihre Berechtigung aus dem oben erwähnten Kommunalfinanzengesetz. Es handelt sich hier um die Besteuerung von Patenten für die Herstellung und den Verkauf von Kunstgetränken und Alkoholerzeugnissen. Während gegen die Erhebung der ersten Steuer kein Widerspruch erhoben wurde, sprach bei der zweiten Vorlage, die die Besteuerung der Herstellung auf 100 Proz. und die des Verkaufs auf 200 Proz. ansetzt, der Stadtv. Habel gegen die neue Steuerbelastung. Es sei nicht genug, daß die Regierung den Zoll für Spiritus von 200 000 auf 400 000 das Liter erhöhte. Die neue Steuer wurde gegen die Stimmen der Stadtverordneten Habel und Noskowicz beschlossen.

Die Schlachthof- und Viehmarktgebühren

erfuhren darauf eine Verdoppelung.

(Schluß folgt.)

Ende des Streiks der Krankenkassenärzte! Der Streit zwischen der Posener Ortskrankenkasse und den Ärzten ist beigelegt. Die Krankenkassenärzte haben die Behandlung der Krankenkassenpatienten in der normalen Weise wieder aufgenommen.

Posener Bachverein. Am Buß- und Bettage, Mittwoch, dem 21. d. Mts., findet abends um 6½ Uhr das zweite Konzert für Chor und Soli in der Kreuzkirche statt. Die Zeit ist wieder so gewählt, daß die auswärtigen Besucher ihre Eisenbahnanschlüsse bequem erreichen können. Zur Aufführung gelangen Werke von Bach, Herzogenberg, Isaak, Plüddemann, Bartmuß, Brahms, Berger und dem Chordirigenten, Pastor K. Greulich. Der Preis der Eintrittskarten (75 000, 30 000, 10 000 M.) ist so niedrig gehalten, daß auch wenig Bemittelte das Konzert besuchen können. Die Eintrittsausweise, die zugleich das Programm enthalten, sind im Vorverkauf in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung zu haben.

Der Warschauer Heldentenor Drygas gibt am Donnerstag, dem 22. November, abends 8 Uhr, zusammen mit der Altistin Szafrańska von der Posener Oper ein Konzert in der Universitätsaula. Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ul. Fredry 1.

X Schnell aufgeklärter Einbruchsdiebstahl. Wir berichteten gestern von der Festnahme eines Arbeiters Ryżak, der aus der Posener Molkerei einen wertvollen ledernen Treibriemen gestohlen hatte. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Verhaftete mit zwei anderen edlen Genossen, dem 36 Jahre alten Valentin Zwierny und dem 21jährigen Leo Wosznik einen lohnenden Beutezug auf die genannte Molkerei verübt und dabei auch noch große Vorräte an Butter und Käse gestohlen hatte, so daß der Gesamtwert der Einbrecherbeute sich auf über 100 Millionen beziffert. Auch diese beiden Einbrecher konnten festgenommen und die gestohlenen wertvollen Lebensmittel beschlagnahmt werden, so daß die Molkerei durch den Einbruchsdiebstahl keinerlei Schaden erlitten hat.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: aus einer Gastwirtschaft an der Wolnica (fr. Wronkerplatz) ein dunkelbrauner Damenmantel und ein Handkoffer mit 2 Pfund Butter im Werte von 15 Millionen Mark; aus einer Remise an der ul. Wielka 25 (fr. Breite Straße) ein Fahrrad, Marke „Reform", im Werte von 28 Millionen Mark; vom Boden des Hauses ul. Poplińskich 10 (fr. Am Rosengarten) Wäsche im Werte von 20 Millionen Mark; aus einem Korridor des Hauses Sapiehaplatz 7 ein Damen- und ein Herren-Raglanmantel, sowie ein Skunkskragen im Gesamtwerte von 100 Millionen Mark; von einem Bauplatz an der ul. Towarowa (fr. Colombstraße) ein Handwagen im Werte von 30 Millionen Mark; aus dem Grundstück ul. Dąbrowskiego 81/83 (fr. Große Berliner Straße) nach dem Herausschlagen einer Wand ein eiserner Ofen im Werte von 15 Millionen Mark; von einem Wagen an der ul. Grunwaldzka 22 (fr. Auguste Viktoriastraße) ein Kutschermantel im Werte von 10 Millionen Mark; aus einer Wohnung an der Glogauer Straße 102 ein Oberbett, ein Kopfkissen, ein Kleid und ein Damenmantel im Werte von 50 Millionen; auf dem Hauptbahnhofe einer durchreisenden Dame eine goldene Uhr mit Kette.

X Polizeilich festgenommen wurden gestern 17 Dirnen, ein Betrunkener und 7 Personen wegen Diebstahls.

* **Inowrocław,** 14. November. Am Freitag wurde, dem „Kuj. Bot." zufolge, von dem 22jährigen Stanislaus Gwoździak aus Jankowo eine schwere Bluttat begangen. Er hat in Wielka Koluda einen Boleslaus Dembiec, während dieser schlief, mit dem Messer erstochen. Der Grund zu der Mordtat ist noch nicht bekannt.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 13. November. Ein Fliegerunglück hat sich heute vormittag 10 Uhr hier ereignet. Ein mit einem Fliegeroffizier besetztes Flugzeug stürzte über dem Łazienki-Park ab, da es in eine Windhose geraten war. Der Offizier wurde auf der Stelle getötet, das Flugzeug ganz zertrümmert. — Ein Banditenüberfall von unglaublicher Dreistigkeit wurde auf einem in dem Bezirk von Gojec, dem Herrn M. Gerlach gehörenden Gute verübt. Als die Familie beim Abendessen saß, drangen maskierte Banditen in das Zimmer und zwangen sämtliche Anwesenden unter Vorhaltung von Revolvern, sich auf die Erde zu legen. Sie durchsuchten dann das ganze Haus, spannten Pferde vor einen Wagen und luden ihre Beute auf. Gegen Herrn G. benahmen sie sich sehr höflich und gestatteten ihm, seine Arbeit, nämlich Zigarettendrehen, fortzusetzen, die sie dann allerdings selbst zum größten Teil aufrauchten. Als sie das Gut verließen, fesselten sie die Familienmitglieder, deckten sie aber zum Schutz gegen die Kälte mit Mänteln zu. Am nächsten Tage wurde das leere Gefährt in der Umgegend des Gutes aufgefunden.

Aus Ostdeutschland.

* **Glogau,** 13. November. In der Nacht zum Montag ist das dem Herrn von Berge und Herrndorf in Herrndorf, Kreis Glogau, gehörende, aus drei Stockwerken bestehende Schloß bis auf das Paterregeschoß aus unbekannter Ursache niedergebrannt.

Börsen.

≠ Die poln. Mark am 13. Nov. Danzig: 3.367—3.383 (Parität). 296 500). Auszahlung Warschau 3.192—3.208 (Parität: 312 700.) **Wien:** Auszahlung Warschau 370—410 (Parität: 25.65). **Ofenpest:** 100—130 (Parität: 86.95). **London:** Auszahlung Warschau 0.0000129 (Parität: 7 750 000). **Neuyork:** Auszahlung Warschau 0.0004. ((Parität: 2 500 000). **Prag:** 0.2125—0.2275 (Parität: 454 900) Auszahlung Warschau 0.2025—0.2175 (Parität: 47 600). **Bukarest:** Auszahlung Warschau 0.0150 (Parität: 6666) **Tschernowitz:** Auszahlung Warschau 0.0125 (Parität): 8000).

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 13. 11. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 910 900 (605 600), Mark 421 800 (168 200), Krone 358 700 (140 400), lateinische Münzeinheit 341 600 (140 400). Dollar 1 771 000 (809 500). Pfund Sterling 8 617 600 (sh. 175 900) schwed. Krone 474 500 (201 800), holl. Gulden 711 700 (317 900), österr. Dukaten 4 050 800 (fl. 373 800) belgische und holländische Dukaten 4 041 400, türkische Pfund 7 767 500. 1 g Feingold 1 176 900 (33 640).

≠ Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Warschauer Dollarkurs vom 15. Nov. (1 Dollar = 4,20 Goldmark): 435 000 Mkp.

≠ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Danziger Guldenkurs vom 15. November, 1 Dollar in Polen = 1 790 000 Mkp (1 Dollar = 4,20 Goldmark) 1 Goldmark = 426 000 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 15. November.

Deutsche Mark —.—. Dollar 1 825 000. Engl. Pfund 7 950 000. Schweizer Franken 320 000. Franz. Franken 101 000.

Warschauer Börse vom 14. November.

Devisen:

Belgien	87 100—87 050	Paris	102 000—101 750
Berlin und Danzig	—.—	Prag	52 000—52 950
London	8 015 000—7 980 000	Schweiz	322 000—321 000
Neuyork	1 825 000	Wien	25.50—25.00
Holland	692 500	Italien	80 300—80 250
Goldfrank	357 300	Złotybons	285 000—296 000

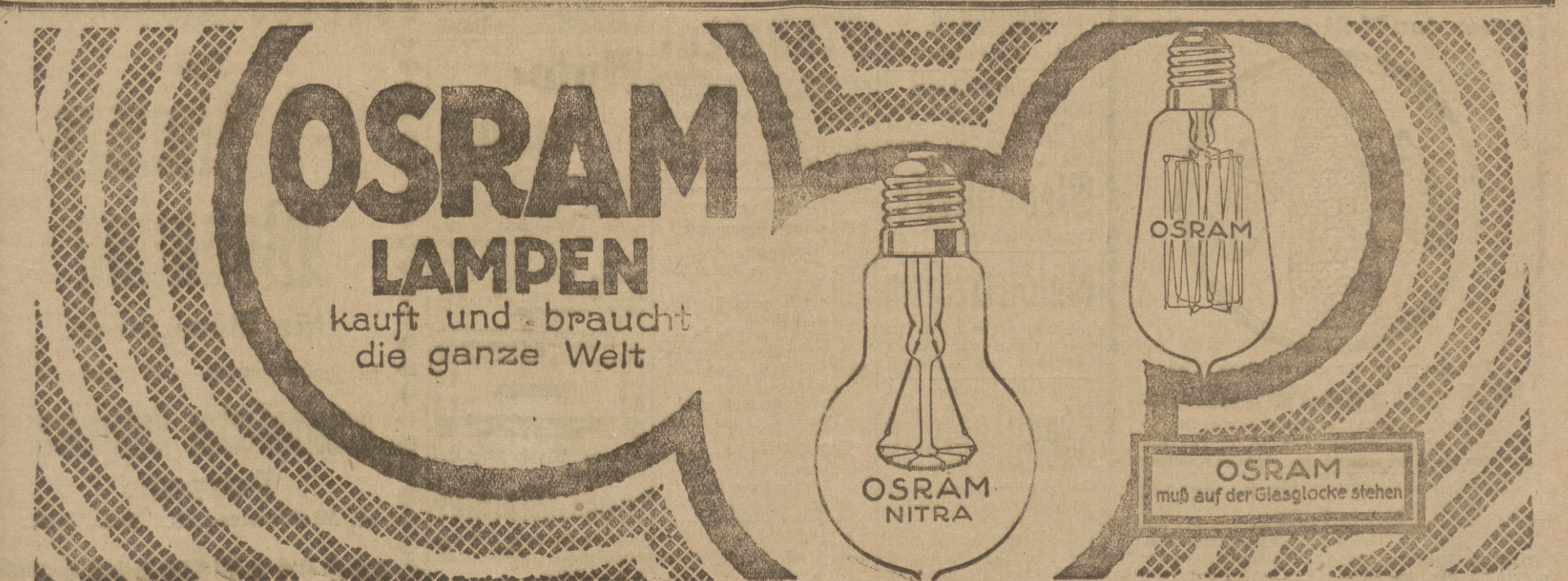
Danziger Mittagskurse vom 15. November.

1 Million poln. Mark	3,20 Gulden
1 Dollar	5,72 „

Berliner Börsenbericht

vom 14. November.

Disk.-Kom.-Anl.	17 Billionen 500 Milliarden	Auszahlung Holland	—.—
Polnische Noten	—.—	„ London	5 Bill. 500 Milliard.
		„ Neuyork	1 Bill. 260 Milliard.



Handel und Wirtschaft.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	15. November	13. November
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	100 000	100 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	120 000—130 000	130 000-180 000 —170 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	300 000	350 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	95 000—100 000	95 000—100 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	38 000—33 000	38 000—36 000 —38 000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	5500	—.—
Bank Młynarzy	9000—10 000	10 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em. (exkl. Kup.)	120 000	150 000-140 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	33 000—32 000	32 000—35 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	34 000—30 000	34 000—30 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	280 000-260 000	250 000-280 000
Brzeski Auto I.—III. Em.	40 000	40 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	55 000—50 000	65 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	11 000—13 000	15 000—11 000 —13 000
Centrala Skór I.—V. Em.	130 000-120 000	150 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	—,—	3 000 000 —3 500 000
Dębienko I.—IV. Em.	—.—	100 000-150 000
Ealwana	26 000	26 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	60 000—55 000	60 000
Goplana	—,—	80 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em.	—.—	28 000
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	35 000—25 000 —27 000	38 000—40 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	7 000	6000—7000
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	7000	7000-9000-7000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	45 000—40 000	55 000—65 000 —55 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	—.—	400 000-410 00
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	25 000	25 000
Iskra I.—III. Em.	130 000-120 000	—,—
Juno I.—II. Em.	30 000	30 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	6 500 000 —6 800 000	5 000 000-6 500 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	3 000 000 —2 850 000	3 700 000-3 200 000 —3 500 000
Marinin Zakł. ogrodn. w Warszawie	80 000	—.—
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	—,—	120 000-140 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	—,—	90 000—80 000
S. Pendowski I.—III. Em.	—.—	45 000
Płótno I.—II. Em.	100 000	100 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	30 000	40 000—45 000
Patria I.—VIII. Em.	40 000—37 500	45 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	120 000—90 000	115 000-135 000 —125 000
Pneumatik I.—III. Em.	8000-7000-8000	8000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	—,—	225 000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	40 000	45 000
Tkanina I.—IV. Em.	50 000	60 000—75 000
Tri I.—III. Em.	55 000	—,—
„Unja" (früher Ventzki) I. u. III. Em. ohne Kup.	500 000	600 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	—.—	150 000-160 000
Wisla, Bydgoszcz I.—II. Em.	900 000-800 000	1 000 000 —1 100 000
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em.	—.—	380 000-300 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	90 000—75 000	110 000

Tendenz: abgeschwächt.

‡ **Züricher Börse vom 13. November 1923.** (Amtlich). Newyork 569 London 24,95, Paris 34,95, Prag 16 45, Mailand 24 875, Brüssel 27,60, Ofenpest 0,0305, Sofia 4,75, Amsterdam 215, Kristiania 83, Kopenhagen 97,15, Stockholm 150, Madrid 74,25, Bukarest 2 85, Berlin 2,60, Belgrad 6,095, Athen 8,60, Konstantinopel 3,22.

‡ **Wiener Börse vom 13. November.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Bank Hipoteczny 17,6, Bank Małopolski 22, Nafszawa 138, Browary 370, Mrazunica 178, Tepege 103, Zieleniewski 305, Montany 200, Apollo 820, Naita 2550, Fanto 4000, Karpaty 480, Galicia 24.8, Schodnica 1530, Kolej Północna 19 900, Kolej Lwów Czerniowce 389, Sumen 76.1. Tendenz leicht erhöht und anziehend. Umsätze begrenzt.

Von den Märkten.

Edelmetalle. Warschau, 13. November. 1 Gr. Fein im freien Verkehr in 1000 Mkp. Gold 1200, Silber 35, Platin 6000, 10 Goldrubel 10 300, 1 Silberrubel 610. London, 12. November. Diskont $3^{5}/_{32}$. Silber bar 34. — drei Monate $31^{9}/_{16}$. Gold 94.6. Newyork, 12. November. Diskont $4^{3}/_{4}$. Silber Inl. $99^{5}/_{8}$. — Ausl. Silber $64^{1}/_{8}$.

Metalle. In Berlin ist keine Notierung erfolgt. London, 12. November. Standardkupfer 62.16.3, — drei Mon. 63.6.3. — Elektrolitkupfer 68.10, Standardzinn 217.2.6 — drei Mon. 217.2.6' Blei bar 31.2.6. — drei Mon. 28, Zink bar 33.7.6, — drei Mon. 33.10, Engl. Antimon 42.5, Quecksilber $9^{9}/_{16}$, Newyork, 12. Nov. Elektrolitkupfer 13.25, Zinn 43.62, Blei 6.80, Zink 6.42, Roheisen 22.25, Weißblech 5.50.

Von den Aktiengesellschaften.

Hartwig Kantorowicz T. A. in Posen. Die Generalversammlung vom 5. November 1923 hat beschlossen, an die Aktionäre eine Dividende von 400 Proz. zu zahlen. Die Bank Przemysłowców hat die Auszahlung übernommen.

Die heutige Ausgabe hat 4 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Freitag, 16. November, abends 4 Uhr.
Sonnabend, morg. 7¼ Uhr, vorm. 10 Uhr
nachm. 4 Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang abends 4 U. 45 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 4¼ Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Freitag 16. November, abends 5 Uhr.
Sonnabend 17. November vorm. 10 Uhr.